



Dialoge zur Transformation

Newsletter 7
arbeitskammer.de

Mitbestimmung
Infobrief 7|2021



Die Mitbestimmung muss weiter gestärkt werden, denn sie ist ein zentrales Gestaltungselement bei der sozialverträglichen Umsetzung der Transformation und Digitalisierung der Wirtschaft und der Verwaltungen.

Wer mit dabei war

Beim Workshop zum Thema „Eine starke Mitbestimmung für die erfolgreiche Bewältigung der Transformation“ am Mittwoch, 30. Juni, im Großen Saal der AK mit dabei waren AK-Hauptgeschäftsführer Thomas Otto, Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, Eugen Roth, stellvertretender Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, Dr. Luitpold Rampeltshammer, Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes, Carina Webel, Abteilungsleiterin Wirtschafts- und Umweltpolitik der AK, und AK-Pressesprecherin Dörte Grabbert.

MITBESTIMMUNG IN DER TRANSFORMATION |

Betriebliche Mitbestimmung braucht dringend weitergehende Reformen

Die Mitbestimmung der Beschäftigten in Betrieben und Dienststellen, aber auch in Aufsichtsräten der Unternehmen, stellt das Herzstück der Sozialpartnerschaft und damit des Erfolgs der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland dar. Die Bewältigung tiefgreifender Strukturwandelprozesse mit Hilfe der Mitbestimmung ist ein Erfolgsmodell. Damit die Mitbestimmung auch bei der Umsetzung der Transformation ihre Stärken ausspielen kann, sind weitergehende Reformen nötig.

• Von Ralf Becker

Die Stahlkrise der Vergangenheit und der Wegfall des Bergbaus wären ohne das Engagement der Betriebsräte und Gewerkschaften unter Nutzung einer starken Montanmitbestimmung kaum sozialverträglich abzufedern gewesen. Auch in der Coronakrise sind die Belange der Beschäftigten und die Arbeit der Interessenvertretungen erneut ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Am Beispiel der

Umsetzung des Kurzarbeitergeldes oder bei der intensiven Nutzung des Homeoffice zeigt sich der Zusammenhang zwischen belastbaren mitbestimmten Strukturen und der Sicherung der Handlungsfähigkeit der Unternehmen und der Arbeitsplätze. Wie wertvoll die Mitbestimmung auch bei der langfristigen Ausrichtung der Unternehmen in der Transformation ist, zeigt sich an Beispielen wie Bosch Homburg, ZF und Voit, die trotz der erschwerten Anbindung an unternehmensstrategische Entscheidungen in fernen Zentralen erste wichtige Impulse bei der Frage der Standortsicherung setzen konnten. Nachhaltiges Wirtschaften mit einer dominanten ökologischen Komponente hat als Leitbild einen immensen Bedeutungsschub erfahren, muss aber auch die soziale Dimension beinhalten. Es gilt daher, die Mitbestimmungslücken gerade in kleineren und mittleren Betrieben und bestimmten Dienstleistungsbranchen wieder etwas mehr zu schließen sowie die rechtlichen Grundlagen der Betriebsratsarbeit zu stärken, um eine ausgewogene

ner Kräftebalance in den Betrieben zu erreichen. Die Ideen und der Gestaltungswille der Interessenvertretungen, aber ebenso eine zu stärkende Tariflandschaft, sind zukünftig erst recht wesentliche Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, den Erhalt der Arbeitsplätze und der Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Ob das Betriebsrätemodernisierungsgesetz ausreicht, ist zumindest umstritten. Forderungen und Ideen für mehr Mitbestimmung liegen seit längerem auf dem Tisch. Es braucht aber auch den politischen Gestaltungswillen der Regierenden zur Umsetzung echter Reformen der Mitbestimmungsgesetze. Analog gilt dies auch für die Arbeitsgrundlagen der Personalvertretungen. Ebenso gehören die Kriterien der Wirtschaftsförderung auf den Prüfstand. Damit ist der Adressat nicht nur die kommende Bundesregierung, sondern auch die saarländische Landesregierung.

Ralf Becker ist Leiter des Referats Unternehmenspolitik und Betriebswirtschaft.



Foto: IG Metall

„Demokratie in der Arbeitswelt ist substantieller Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft. Deshalb hat die IG Metall die ‚Initiative Mitbestimmung‘ gestartet.“

Christiane Benner,
Zweite Vorsitzende der IG Metall

„Die Arbeitskammer setzt mit der Kampagne ‚Das gute Morgen‘ ein wichtiges Zeichen, um die Mitbestimmung im Saarland zu festigen.“

Carina Webel, Abteilungsleiterin
Wirtschafts- und Umweltpolitik der AK
und Moderatorin der Diskussion



Foto: IG BCE

„Gerade im Bereich von Start-Ups wird eventuell so gerade noch ein Betriebsrat akzeptiert, aber keinesfalls die Einflussnahme von Gewerkschaften.“

Michael Vassiliadis
Vorsitzender der IG BCE

„Mitbestimmung muss politisch sozusagen von der Wiege bis zur Bahre implementiert werden. Zentral ist dabei, dass schon in der Schule über ihre Bedeutung aufgeklärt wird.“

Eugen Roth, stellvertretender Vorsitzender
des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland

AUS DER DISKUSSION |

„Runderneuerung“ ist längst überfällig

„Mitbestimmung sichert Zukunft!“ Nur mit ihr ist die Transformation im Sinne der Beschäftigten erfolgreich zu bewältigen und „gute Arbeit“ zu sichern. Darin waren sich alle Teilnehmer des Transformationsdialogs zum Thema einig. Um endlich auch eine umfassende wirtschaftliche Mitbestimmung zu erreichen, bedarf es einer „Runderneuerung“ der gesetzlichen Regelungen. Das ist unstrittig, dürfte aber politisch nicht ganz so leicht durchzusetzen sein.

• Von Wulf Wein

Als Gastgeber steckte gleich zum Einstieg Thomas Otto, Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer, den Kurs ab. Er stellte fest: „Das Kernstück der Arbeitsbeziehungen ist die Mitbestimmung.“ Ihr komme gerade in der Transformation eine entscheidende Rolle zu, wenn es um die Sicherung von „Guter Arbeit“ für die Beschäftigten gehe. Stahl- und Kohlekrise seien im Saarland nur dank einer starken Mitbestimmung bewältigt worden. Auch die Corona-Krise habe gezeigt, wie wichtig die Mitbestimmung sei, so Otto: „Sie ist das Regelungsinstrument, das wir brauchen und das zukunftsfähig ist.“ Allerdings räumte der AK-Hauptgeschäftsführer auch ein, dass

die Mitbestimmung „in kleinen und mittleren Betrieben schwächelt“. Gerade im Hinblick auf die bald anstehenden Betriebsratswahlen müsse intensiv für ihre Bedeutung und Rolle geworben werden.

Die Zweite Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner, erklärte, dass die Beschäftigten sich angesichts des grundlegenden Wandels der Industrie (Stichworte: grüner Stahl, Elektromobilität) zu Recht fragten, wie ihre Zukunft und die ihrer Familien aussehen wird. Für die IG Metall laute die Devise: „Der Green Deal muss zu einem sozialen Deal werden. Wir wollen Beschäftigung sichern und erhalten sowie Perspektiven eröffnen.“ Es gelte, die betriebliche Demokratie weiter auszubauen – durch die Fortentwicklung der Mitbestimmung. Nötig sei eine soziale, ökologische und demokratische Transformation, so Benner. Neben den Unternehmen müsse auch die Politik dabei helfen, diesen Prozess in Gang zu setzen. „Wir brauchen mehr wirtschaftliche Mitbestimmung, weil wir die Gestaltung der Zukunft nicht der Kapitaleseite überlassen wollen“, erklärte die IG-Metall-Vertreterin. Dafür sei die „Runderneuerung“ des Betriebsverfassungsgesetzes unerlässlich.

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG Bergbau/Chemie/Energie, unterstützte die Forderungen von Benner ausdrücklich:

Eine grundlegende Modernisierung der Mitbestimmung sei längst überfällig. Vassiliadis wies aber gleichzeitig darauf hin, dass der Organisationsgrad der Gewerkschaften seit Jahren sinke und dass die „Betriebsratsfähigkeit“ in Unternehmen vielfach einfach nicht mehr gegeben sei. „Eine modernisierte Mitbestimmung ist nur mit Unterstützung und Beteiligung der Belegschaften durchzusetzen. Die Gewerkschaften müssen daher alles daran setzen, ihre Basis wieder zu verbreitern – sprich: neue Mitglieder gewinnen“, erklärte Vassiliadis.

Für Eugen Roth, stellvertretender Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, spielt die Stärkung der Tarifbindung eine wichtige Rolle. Die Landesregierung leiste dazu mit dem geplanten Fairer-Lohn-Gesetz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einen positiven Beitrag. Daneben ist für Roth die Montanbestimmung weiterhin ein „Musterbeispiel für die Einbeziehung der Beschäftigten bei wirtschaftlichen Entscheidungen“.

Der Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes, Ludwig Rampeltshammer, konstatierte, dass die Hochschulen ein „weitgehend mitbestimmungsfreier Raum“ seien. Gewerkschaften und Politik müssten diesen Missstand unbedingt beenden.

IMPRESSUM |

Verleger: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken; Kontakt: Telefon 0681 4005-430, E-Mail: redaktion@arbeitskammer.de; Herausgeber: Jörg Caspar, Thomas Otto (V.i.S.d.P.); Redaktion: Peter Jacob (Chefredakteur), Simone Hien, Wulf Wein. – Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet die Redaktion überwiegend auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen. Alle Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beide Geschlechter.